

08.04.2020

PRESSEMITTEILUNG

Endlich Frieden oder noch mehr Gewalt? Welche Folgen die Corona-Pandemie auf das weltweite Kriegsgeschehen haben könnte

Eine Einschätzung von Prof. Dr. Michael Brzoska

Die Hoffnungen, dass die Krise zumindest zu einem Abflauen bewaffneter Konflikte beiträgt, sind groß und auch nicht ganz unbegründet. Die Vereinten Nationen haben alle Kriegsparteien, allen voran in den aktuell blutigsten Kriegsgebieten Syrien und Jemen, zum Waffenstillstand aufgerufen. Sie warnen vor den humanitären Folgen der Pandemie. Denn diese könnten in Konfliktgebieten, in denen das Gesundheitswesen ohnehin durch den Krieg weitestgehend zerstört worden ist und Hilfsorganisationen wegen der hohen Ansteckungsgefahr abziehen, noch verheerender sein als anderswo.

Darüber hinaus hoffen die Vereinten Nationen aber auch, dass die Krise die Prioritäten der Kriegsbeteiligten verschiebt, sie künftig ihre Ressourcen statt zur Kriegführung zur gemeinsamen Bewältigung der humanitären Katastrophe einsetzen und damit Kooperationen auch auf anderen Feldern gestärkt werden.

Dass und wie Naturkatastrophen auf aktuelle Konflikte einwirken können, zeigte der Tsunami im Jahr 2004. Das schwere Seebeben hatte zur Folge, dass der Bürgerkrieg in Aceh auf der indonesischen Insel Sumatra friedlich beendet wurde. Auf Sri Lanka hingegen brachen Konflikte, die gerade erst durch einen Friedensschluss eingedämmt worden waren, nach dem Tsunami wieder auf.

Naturkatastrophen als Konfliktbeschleuniger?

Ob Naturkatastrophen wie ein Tsunami oder eine weltweite Pandemie Konflikte anheizen oder beilegen können, hängt vor allem davon ab, welcher Dynamik das Konfliktgeschehen folgte, bevor die Katastrophe ausbrach: Dort, wo die Bereitschaft zum Frieden bereits in Ansätzen vorliegt, wird der Frieden eher gestärkt. Dort, wo das nicht der Fall ist, kommt es eher zu einer Eskalation der Gewalt.

Dies belegen Studien, die untersucht haben, inwiefern Katastrophen neue bewaffnete Auseinandersetzungen entstehen lassen. Die meisten dieser Studien untersuchten Katastrophen wie Erdbeben, Stürme, Fluten und Dürren mit Verlust an Menschenleben und Einkommen. Ergebnis: Dort, wo die Bedingungen für einen stabilen Frieden sowieso schon schlecht sind, ist Gewalt die wahrscheinlichere Reaktion auf eine Katastrophe. Vor allem dann, wenn in einer Region Armut und ethnische Spannungen weit verbreitet sind. Auch die ungleiche Verteilung von Ressourcen und fehlende politische Institutionen, die verhindern könnten, dass Konflikte die Gewaltschwelle überschreiten, erhöhen das Eskalationsrisiko.

Verschlechterung der Lebensbedingungen erhöht das Konfliktrisiko

Wo es diese Risiken hingegen nicht gibt, ist kein genereller Zusammenhang zwischen Katastrophen und bewaffneten Konflikten feststellbar. Allerdings führen insbesondere größere Katastrophen häufig zu einer länger dauernden Verschlechterung der Lebensbedingungen im Land, was wiederum die Wahrscheinlichkeit bewaffneter Konflikte erhöht. Dies zeigt das Beispiel der extremen Dürre im Sommer 2010 in weiten Teilen Chinas, Russlands und Kanadas. Sie führte dazu, dass sich die Weltmarktpreise für Getreide drastisch erhöhten. In vielen Ländern führte dies zu einer großen Unzufriedenheit in der Bevölkerung, im Frühjahr 2011 kam es in einigen dieser Länder zu Aufständen.

Es ist deshalb zu erwarten, dass die Corona-Pandemie in einzelnen Fällen Friedensschlüsse befördert. Dies möglicherweise sogar in großen Konflikten, wie in Afghanistan oder im Jemen, wo es bereits vor Ausbruch der Pandemie Ansätze zum Frieden gab. Insgesamt aber ist zu befürchten, dass es zu einem Anstieg der Zahl der bewaffneten Auseinandersetzungen kommen wird, weil lokale Konflikte in Gewalt umschlagen und weil die Wirtschaft und die Gesellschaft in bereits jetzt besonders gefährdeten Ländern durch die globalen Auswirkungen der Pandemie massiv geschädigt werden.

Prof. Dr. Michael Brzoska ist ehemaliger Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH).

Kontakt:
Barbara Renne
Leiterin Kommunikation
renne@ifsh.de Telefon 040 86 60 77 – 50 Beim Schlump 83 20144 Hamburg www.ifsh.de

Hintergrund zum IFSH

Was macht die Welt unsicher und was sind die gesellschaftlichen Bedingungen für Frieden? Welche internationale Ordnung und Sicherheitspolitik erfordert eine Welt, in der wir immer enger miteinander verflochten sind? Diese Fragen stehen im Zentrum der Arbeit am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH). Das Institut erforscht die Bedingungen von Frieden und Sicherheit in Deutschland, Europa und darüber hinaus. Dabei verbindet das IFSH wissenschaftliche Grundlagenforschung mit zentralen Fragen der aktuellen Friedens- und Sicherheitspolitik aus interdisziplinärer Perspektive. Das IFSH gehört zu den führenden Friedensforschungsinstituten in Deutschland und wird von der Freien und Hansestadt Hamburg finanziert. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten eng mit der Universität Hamburg, mit Institutionen in der Metropolregion Hamburg und mit wissenschaftlichen Einrichtungen im In- und Ausland zusammen.